

98. Sitzung des Niedersächsischen Landtags
17. Februar 2011

Frage von Kreszentia Flauger MdL zum Thema:

Schadet die schwarz-gelbe Wasserstraßenreform der maritimen Wirtschaft in Niedersachsen? - Anfrage der Fraktion der SPD - Drs. 16/3333

Präsident Hermann Dinkla:

Frau Kollegin Flauger von der Fraktion DIE LINKE stellt die nächste Zusatzfrage.

Kreszentia Flauger (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung, wie sie den vom Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Ramsauer, CSU, vorgesehenen Umbau der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, in der derzeit 13 000 Frauen und Männer tätig sind, beurteilt, also sie von einer Auftrags- zu einer Gewährleistungsverwaltung umzugestalten, was nur ein anderes Wort für Privatisierung ist, und das vor dem Hintergrund der Tatsache, dass in den vergangenen 17 Jahren bereits mehr als ein Viertel des ursprünglichen Personals in der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung abgebaut worden ist.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister Bode, bitte!

Jörg Bode, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Flauger, ich habe das in meiner Antwort schon gesagt: Grundsätzlich kann man keiner Verwaltungseinheit, keiner politisch handelnden Exekutive das Recht absprechen, die eigene Verwaltung effizient aufstellen zu wollen. Die Art und Weise, mit der man vorgeht, ist aber entscheidend. Das haben wir auch in Niedersachsen gesehen, als wir selber Verwaltungsreformen durchgeführt haben. Also: zunächst Aufgabenkritik voranstellen, dann überlegen, wie diese Aufgabe am effizientesten wahrgenommen werden kann, und dabei auch die Auswirkungen auf Wirtschaft, auf nationale Interessen und in diesem Fall aus unserer Sicht auf norddeutsche Interessen berücksichtigen.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Wie stehen Sie denn zu diesem Privatisierungsvorschlag?)

Genau so sollte der Bund es auch machen, und genau so werden wir es auch bei ihm einfordern.

(Zustimmung bei der CDU)

[...]

Präsident Hermann Dinkla:

Frau Kollegin Flauger stellt die nächste Zusatzfrage.

Kreszentia Flauger (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung, ob sie die Auffassung des Fragestellers teilt, dass es sich bei Leistungen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung mehrheitlich um Sicherheitsleistungen handele, die in die öffentliche Hand gehörten, weil ja z. B. die Bergungsarbeiten anlässlich der aktuellen Säuretankerhavarie auf dem Rhein ohne die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung nicht möglich gewesen wären.

(Olaf Lies [SPD]: Sehr gut!)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister Bode!

Jörg Bode, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Sehr geehrte Frau Flauger, es geht nicht nur um Sicherheitsmaßnahmen, sondern auch um Ausbaumaßnahmen etc.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Mehrheitlich!)

Ich kann nicht einschätzen, ob das eine einen größeren Anteil hat als das andere. Hier wäre ja die Frage, ob man es vom finanziellen Volumen, von den Personalstellen oder unter anderen Gesichtspunkten betrachtet.

Beide Aufgaben sind wichtig. Beide Aufgaben müssen vernünftig erledigt werden.

Erste Beratung: **Streikrecht für Beamte europarechtskonform gestalten** - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3300

Kreszentia Flauger (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Biallas, Sie müssen zwar nicht zuhören, aber es wäre vielleicht ausgesprochen hilfreich, Sie täten es und läsen auch die Anträge, bevor Sie dazu hier eine Rede halten.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben eben den Kollegen Bachmann kritisiert und ihm vorgeworfen, dass er hier bisher nichts beigetragen habe. Ich finde, der Einzige, der in dieser Debatte bisher überhaupt nichts Inhaltliches beigetragen hat, sind Sie, Herr Biallas. Das muss ich einfach einmal so festhalten.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Von den anderen Rednern ist ausführlich vorgetragen worden, dass es einen Widerspruch zwischen der deutschen Rechtsordnung, die besagt, dass Beamte nicht streiken dürfen, und der Europäischen Menschenrechtskonvention gibt, die besagt, dass solche Einschränkungen nicht ohne Weiteres vorgenommen werden dürfen, ausgenommen sind hoheitliche Aufgaben.

Damit sind wir an einem Punkt angelangt, den Sie eben völlig falsch dargestellt haben. Sie haben eben nämlich gesagt, man müsse sich einmal vorstellen, dass Polizisten streiken. Hätten Sie zugehört, hätten Sie mitbekommen, dass es genau darum nicht geht und dass wir genau darüber nicht reden. Das steht auch in unserem Antrag ausdrücklich so darin.

Beispielhaft hat Herr Adler Lehrerinnen und Lehrer sowie Kommunalbeamtinnen und -beamte genannt. Das sind diejenigen, über die man reden muss und denen man das Streikrecht gemäß Menschenrechtskonvention nicht einfach vorenthalten darf. Diesen Widerspruch aufzulösen gilt es.

Wenn Sie dazu einen anderen Vorschlag unterbreitet hätten, hätten wir inhaltlich darüber reden können. Das haben Sie aber nicht getan. Stattdessen haben Sie einfach nur gesagt: Das ist irgendwie alles Blödsinn. - Eigentlich hätte ich von Ihnen erwartet, dass Sie einen konstruktiven Vorschlag dazu machen, wie dieser Widerspruch aufgelöst werden kann. In Ihrem Redebeitrag haben Sie einen solchen Vorschlag jedoch völlig vermissen lassen.

(Beifall bei der LINKEN - Heinz Rolfes [CDU]: Das ist doch Unsinn! Stimmt doch gar nicht!)